

## **Beschlußempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
(20. Ausschuß)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. R. Werner Schuster, Joachim Tappe, Adelheid Tröscher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Angelika Köster-Loßack, Hans-Christian Ströbele, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 14/538 –

**Reform der europäischen Entwicklungspolitik durch die deutsche  
EU-Ratspräsidentschaft**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Ralf Brauksiepe, Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Christian Ruck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 14/537 –

**Europäische Entwicklungszusammenarbeit reformieren**

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Joachim Günther (Plauen), Gerhard Schüßler, Dr. Helmut Haussmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.  
– Drucksache 14/531 –

**Eigenverantwortlichkeit der AKP-Staaten fördern**

- d) zu dem Antrag der Abgeordneten Carsten Hübner, Heidi Lippmann-Kasten, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS  
– Drucksache 14/164 –

**Zukunft der EU-AKP-Entwicklungszusammenarbeit**

**A. Problem**

Die deutsche Bundesregierung hat am 1. Januar 1999 für ein halbes Jahr den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Sie hat damit die Chance, wichtige Reformprozesse in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit auf den Weg zu bringen, um durch mehr Kohärenz, Komplementarität, eine bessere Koordinierung und Evaluierung die Wirksamkeit der europäischen Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen. Alle vier Anträge verfolgen das Ziel, die erforderlichen Reformprozesse anzustoßen.

**B. Lösung**

Der Ausschuß empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung Fraktionen der F.D.P. und PDS, den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 14/538 anzunehmen.

**Mehrheit im Ausschuß****C. Alternative**

Annahme eines der drei anderen Anträge.

Die Anträge der Fraktionen der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS enthalten weitgehend dieselben Forderungen wie der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, setzen jedoch zum Teil andere Akzente.

**D. Kosten**

Keine

## **Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag – Drucksache 14/538 – anzunehmen,
- b) die Anträge – Drucksachen 14/537, 14/531 und 14/164 – abzulehnen.

Bonn, den 28. April 1999

### **Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

|                                     |   |   |   |
|-------------------------------------|---|---|---|
| <b>Rudolf Kraus</b><br>Vorsitzender | <b>Dr. R. Werner Schuster</b><br>Berichterstatter | <b>Klaus-Jürgen Hedrich</b><br>Berichterstatter | <b>Dr. Angelika Köster-Loßack</b><br>Berichterstatterin |
|                                     | <b>Gerhard Schüßler</b><br>Berichterstatter       | <b>Carsten Hübner</b><br>Berichterstatter       |   |

## Bericht der Abgeordneten Dr. R. Werner Schuster, Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Angelika Köster-Loßack, Gerhard Schüßler und Carsten Hübner

### I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den **Antrag** der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Reform der europäischen Entwicklungspolitik durch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft“ – **Drucksache 14/538** – in seiner 28. Sitzung am 19. März 1999 federführend an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mitberatend an den Auswärtigen Ausschuß, den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Den **Antrag** der Fraktion der CDU/CSU „Europäische Entwicklungszusammenarbeit reformieren“ – **Drucksache 14/537** – und den **Antrag** der Fraktion der F.D.P. „Eigenverantwortlichkeit der AKP-Staaten fördern“ – **Drucksache 14/531** – hat er in seiner 28. Sitzung am 19. März 1999 und den **Antrag** der Fraktion der PDS „Zukunft der EU-AKP-Entwicklungszusammenarbeit“ – **Drucksache 14/164** – in seiner 14. Sitzung am 10. Dezember 1998 federführend an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mitberatend an den Auswärtigen Ausschuß und den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der **Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat über die Anträge in den Drucksachen 14/538, 14/537 und 14/531 in seiner 15. Sitzung am 21. April 1999 beraten und dem federführenden Ausschuß mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS empfohlen, die Vorlage in der Drucksache 14/538 anzunehmen. Hinsichtlich der Anträge in den Drucksachen 14/537 und 14/531 hat er mit Mehrheit Ablehnung empfohlen.

In seiner 11. Sitzung am 3. März 1999 hat der Ausschuß über den Antrag der Fraktion der PDS in der Drucksache 14/164 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS empfohlen, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Der **Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat über den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in seiner 11. Sitzung am 21. April 1999 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. und bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Auswärtige Ausschuß** hat den Antrag der Fraktion der PDS in der Drucksache 14/164 in seiner 11. Sitzung am 3. März 1999 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, F.D.P. sowie der Abgeord-

neten Rita Griebhaber (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gegen die Stimmen der Fraktion der PDS bei Enthaltung des Abgeordneten Dr. Helmut Lippelt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) empfohlen, den Antrag abzulehnen. Die Anträge in den Drucksachen 14/538, 14/537 und 14/531 hat er in seiner Sitzung am 21. April 1999 in der Annahme, es werde ein interfraktioneller Antrag erarbeitet, von der Tagesordnung abgesetzt.

Der federführende **Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 10. Sitzung am 21. April 1999 über alle vier Anträge abschließend beraten.

Zum Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 14/538 hat er mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Stimmenthaltung der Fraktionen der F.D.P. und PDS empfohlen, dem Antrag zuzustimmen.

Zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU in der Drucksache 14/537 hat er mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Zum Antrag der Fraktion der F.D.P. in der Drucksache 14/531 hat der Ausschuß mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Zum Antrag der Fraktion der PDS in der Drucksache 14/164 empfahl er mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

### II. Zum Inhalt der Beratungen

Die **Fraktion der SPD** führte aus, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft eröffne die Chance, wichtige Reformprozesse in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) anzustoßen. Die Bundesregierung werde deshalb in dem Antrag auf Drucksache 14/538 aufgefordert, eine Initiative zur Reform der europäischen EZ zu ergreifen. Diese müsse insbesondere folgende Ziele verfolgen:

- Eine verbesserte Koordination der EU-AKP-Zusammenarbeit mit der übrigen EU-EZ und der nationalen EZ der 15 Mitgliedstaaten. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um zukünftig zu einer kohärenten Gesamtpolitik zu gelangen.
- Deutliche Anstöße für eine umfassende institutionelle Reform der EU im Bereich der EZ. Neben einer wirk-

sameren parlamentarischen Kontrolle der europäischen Kommission sei es vor allem vordringlich, die gegenwärtig auf mehrere Kommissare und Generaldirektionen aufgeteilte EZ der EU in der Hand eines Kommissars und einer Generaldirektion zusammenzufassen.

- Krisenprävention als operativer Bestandteil der europäischen EZ. Dazu müßten sich die Mitgliedstaaten auf ein gemeinsames Konzept zur Krisenprävention einigen.
- Politikkohärenz in jenen Politikbereichen, die auf Entwicklungsländer ausstrahlen, z. B. in der Agrar- und Fischereipolitik. Die Ernährungssicherheit der Bevölkerung in den Entwicklungsländern müsse Vorrang vor europäischen Wirtschaftsinteressen haben.
- Politikkohärenz im Bereich der Außenhandelspolitik. Die EU müsse ihre Märkte für Importe aus Entwicklungsländern weiter öffnen und deren Marktzugang erleichtern.
- Stärkung der Partnerschaft in der europäischen EZ. Die Verhandlungen zum Lomé-Nachfolgeabkommen böten eine ideale Gelegenheit, einen gleichberechtigten Dialog über Fragen von beiderseitigem Interesse zwischen der EU und den AKP-Ländern zu etablieren.
- Verbesserung der Partnerschaft in der europäischen EZ mit den Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Europa und im Süden. Dabei müßte auch die NRO-Kofinanzierung für die Durchführung von Projekten vereinfacht und beschleunigt werden.

Der Gedanke, zu der Thematik einen interfraktionellen Antrag zu erarbeiten, sei im Hinblick darauf, daß die Anträge der Fraktionen in den Fragen der Subsidiarität und der Komplementarität erhebliche Unterschiede aufwiesen, zurückgestellt worden. Es müsse sich in Brüssel auch in der Frage der Entwicklungszusammenarbeit einiges ändern. Der Rücktritt der Kommission solle dazu genutzt werden, erforderliche Änderungen herbeizuführen. Die Fraktion der SPD beantragte, dem Antrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** brachte zum Ausdruck, daß es zwar möglich gewesen wäre, zu einem gemeinsamen Antrag zu gelangen. In einer Reihe von Punkten bestünden aber tatsächlich Meinungsunterschiede.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU enthalte die Forderungen, die im Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgeführt seien, ebenfalls. Darüber hinausgehend verlange er die Umwandlung der strukturkonservierend wirkenden STABEX- und SYSMIN-Instrumente zugunsten flexibler Elemente,

was die Fraktion der CDU/CSU als wichtig ansehe. Der Antrag der Koalitionsfraktionen gehe auch nicht auf die Absicht der EU-Kommission ein, für die europäische EZ eigene Durchführungsorganisationen zu schaffen. Es müsse weiter sehr darauf gedrängt werden, daß die Zuständigkeiten für die EU-Entwicklungspolitik bei nur einer Generaldirektion gebündelt werden. Die Konzentration der europäischen Entwicklungszusammenarbeit auf die AKP-Staaten müsse durch ein Verhältnis der EU zu den Entwicklungsländern insgesamt abgelöst werden. Die EU solle auch ihr Verhältnis zu Entwicklungsländern nach bestimmten Kriterien und nicht nach regionalen Beziehungen definieren.

Die Fraktion der CDU/CSU beantragte Zustimmung zu ihrem Antrag.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** nahm auf die von Seiten der Fraktion der SPD vorgetragenen Gesichtspunkte Bezug. Als wichtig – so wurde weiter ausgeführt – sehe sie eine Konzentration der Entwicklungszusammenarbeit in der Kommission an. Die Entwicklungspolitiken der einzelnen EU-Mitgliedstaaten und die EU-Entwicklungszusammenarbeit bedürften auch einer besseren Koordinierung.

Die **Fraktion der F.D.P.** bedauerte es, daß es nicht zu einem gemeinsamen Antrag gekommen sei. Sie beantragte Zustimmung zu ihrem Antrag in der Drucksache 14/531.

Die **Fraktion der PDS** beantragte ebenfalls, ihrem Antrag zuzustimmen.

Von Seiten der Bundesregierung wurde vorgetragen, die von den Koalitionsfraktionen sowie von den Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. vorgelegten Anstöße zur Reform gingen weitgehend in dieselbe Richtung. Sie bestätigten die Bundesregierung in ihrem Anliegen, ihre Vorstellungen zur europäischen EZ durchzusetzen. Was die Frage einer längerfristigen Orientierung der EZ der EU mit Entwicklungsländern insgesamt angehe, so sei im Moment ein Abgehen von der AKP-Systematik nicht erreichbar. Auch die Regierung sehe die Stärkung der Partnerschaft mit den Nichtregierungsorganisationen als wichtig an. Bei den Verhandlungen über die Nachfolge von Lomé werde sie darauf drängen, die Rolle der Zivilgesellschaft zu stärken und dies auch in dem Vertrag zu verankern. Hinsichtlich der Umstrukturierung von STABEX und SYSMIN sei man in der ersten Verhandlungsrunde mit den AKP-Ländern bedauerlicherweise nicht durchgedrungen. Es sei aber die klare Haltung der EU, daß diese beiden Instrumente durch mehr allgemein orientierte Instrumente abgelöst werden sollten.

Bonn, den 28. April 1999

**Dr. R. Werner Schuster**  
Berichtersteller

**Klaus-Jürgen Hedrich**  
Berichtersteller

**Dr. Angelika Köster-Loßack**  
Berichterstellerin

**Gerhard Schübler**  
Berichtersteller

**Carsten Hübner**  
Berichtersteller

